

GRAZER

Stadtblatt



Ausgabe 1, Februar 2021 • Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Nachrichten, wie sie das Leben schreibt.
KOMPAKT

Auf Kurs bleiben!



Graz braucht mehr öffentlichen Verkehr – darin sind sich alle einig. Aber wie soll dieser ausschauen? Was ist für die Grazer Bevölkerung das Beste? Darüber wird in diesen Tagen lebendig diskutiert. Die neueste Vision aus dem Rathaus, bereits über alle Medien breitgetreten: Eine mögliche U-Bahn für Graz.

„Es gibt viele gute Gründe, die gegen eine U-Bahn sprechen. Nicht nur, dass ein Kilometer U-Bahn in der Errichtung so teuer ist wie zehn Kilometer Straßenbahn – die Betriebs- und

Instandhaltungskosten allein würden eine Stadt wie Graz finanziell schwer belasten. Solange die bestehenden Systeme Bus, Bahn und Bim nicht bestmöglich ausgebaut sind, sehe ich keine Notwendigkeit für ein zusätzliches System“, meint KPÖ-Verkehrsstadträtin **Elke Kahr**. Sie verweist auf eine S-Bahn-Studie, die aktuell prüft, wie die S-Bahn besser an das innerstädtische ÖV-Netz angebunden werden kann: „Wenn alle Fakten und Studien am Tisch liegen, werden wir sachlich darüber diskutieren, welche Option die

vernünftigste für Graz ist. Pompöse Inszenierungen halte ich bis dahin allerdings für verzichtbar.“

Was Elke Kahr besonders stört: „Bereits im Gemeinderat beschlossene Straßenbahn-Projekte drohen wegen der U-Bahn-Idee wieder einmal auf die lange Bank geschoben oder gar abgesagt zu werden. Dagegen wehren wir uns vehement. Mit drei neuen Bim-Linien in Planung bzw. Umsetzung sind wir aktuell so gut unterwegs wie schon lange nicht mehr. Ich bin überzeugt, dass es richtig ist, diesen Schwung jetzt mitzunehmen.“

Neue „Unsozialhilfe“

Ab Juli ersetzt die Sozialunterstützung in der Steiermark die alte Mindestsicherung. Für viele Menschen wird das erhebliche Einbußen mit sich bringen.

Wen trifft diese Novelle? Das neue Landesgesetz am Prüfstand.

Alle Infos auf Seite 2


FÜR SIE ERREICHT

Verbesserungen in Grazer Schulen

Gleich zwei Verbesserungen im Schulbereich hat KPÖ-Mandatar **Kurt Luttenberger**



erreicht. Einerseits werden ab März Grazer SchuldirektorInnen sowie die

LehrerInnenteams von immer umfangreicher werden den Verwaltungsaufgaben entlastet. Erfreulicherweise hat der Gemeinderat den einstimmigen Beschluß gefasst, zusätzliches administratives Personal für jede Grazer Pflichtschulen anzustellen. „Ich bin sehr erfreut, dass die Initiative umgesetzt wurde. Das bedeutet eine wesentliche Entlastung von bürokratischer Arbeit für viele SchulleiterInnen. Somit können sie sich wieder vermehrt ihren wahren pädagogischen Aufgabenstellungen widmen“, so Luttenberger.

Aufgrund von Corona sind viele Informationsveranstaltungen wie „Tage der offenen Schulen“ oder die „Bildungsmesse“ derzeit leider nicht möglich. Auf Initiative des KPÖ-Gemeinderats wurde nun von städtischer Seite eine Bildungshotline eingerichtet, die Sie unter 0316/872-7474 erreichen, bei der sich Eltern umfangreich informieren lassen können.

Unsoziale „Sozialhilfe neu“

Die „Sozialunterstützung Neu“ wird im Juli die Mindestsicherung ablösen, das hat der Landtag Steiermark mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen. Für die Bezieherinnen und Bezieher ändert sich einiges – für viele wird es finanzielle Einbußen geben. Wer die neue Sozialhilfe bezieht, wird beispielsweise künftighin keine Wohnunterstützung mehr bekommen dürfen!

Besonders unverständlich: Das Land Steiermark nützt die vorhandenen Spielräume bei der Wohnkostenpauschale nicht aus. Viele Bezieherinnen und Bezieher werden in der Steiermark also weniger Unterstützung zu den Wohnkosten erhalten als in anderen Bundesländern! „Dass SPÖ-Landesrätin Kampus den



Am 22. Februar zeigte die KPÖ im Rahmen einer Pressekonferenz auf, wie die „Sozialhilfe neu“ in der Praxis Armut verfestigen wird.

möglichen Spielraum nicht ausnützt, macht das Problem noch größer. Solange es in Graz und der Steiermark nicht ausreichend leistbaren Wohnraum gibt, ist es völlig unverantwortlich, hier noch weiter zu kürzen“, findet KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr** klare Worte.

KPÖ-Mandatarin **Uli Taberhofer** hat im Februar-Gemeinderat bereits einen Antrag eingebracht, um das Land Steiermark aufzufordern, die Verschlechterungen zurückzunehmen: „Wir werden uns in Stadt und Land gegen jede Form von Sozialabbau wehren!“

SOZIALHILFE ALT UND NEU – BEISPIELE AUS DEM REALLEN LEBEN



ÄLTERES EHEPAAR

Frau und Herr B. bezahlen für die gemeinsame Wohnung Miete in Höhe von 500 €, Heizkosten in Höhe von 50 € und Strom in Höhe von 70 €.

BISHER: € 1.602,95

Mindestsicherung: € 1.424,20
Wohnunterstützung: € 178,75

KÜNFTIG: € 1.418,24

Lebensbedarf: € 797,54
Wohnbedarf: € 531,70
Wohnkostenpauschale: € 89,-

! VERLUST: € 184,71!



ALLEINSTEHENDE FRAU

Frau M. ist 65 Jahre alt und hat keinen Pensionsanspruch. Die Miete für ihre Gemeindeförderung beträgt 280 € inkl. BK und Heizung, dazu kommen Stromkosten von 35 €.

BISHER: € 1.092,46

Mindestsicherung: € 949,46
Wohnunterstützung: € 143,-

KÜNFTIG: € 884,67

Lebensbedarf: € 569,67
Tatsächl. Wohnbedarf: € 315,-

! VERLUST: € 207,79!



OBDACHLOSER MANN

Herr W. hat vergangenes Jahr seinen Arbeitsplatz und seine Wohnung verloren. Er ist aktuell im VinziTel, einer Grazer Notschlafstelle, untergebracht und hat daher keine Wohnkosten.

BISHER: € 712,10

Lebensbedarf Mindestsicherung

KÜNFTIG: € 569,67

Lebensbedarf nach dem Sozialunterstützungsgesetz (SUG)

! VERLUST: € 142,43!



Ihr Stadtrat
Robert Krotzer
Rathaus, 2. Stock, Tür 231
Tel.: 0316 / 872 20 70

Die Elite

Immer wieder greifen Politiker der etablierten Parteien die KPÖ an, weil sie eine Gehaltsobergrenze hat und mit dem Großteil ihrer Gehälter Menschen in Notlagen hilft. Immer wieder rechtfertigen sich diese Politiker damit, dass nur hohe Politgehälter Bestechlichkeit und Korruption verhindern würden und man nur mit viel Geld die „besten Köpfe“ bekom-

me. Damit meinen sich viele – wenig bescheiden – selbst.

Es ist aber andersrum: Die hohen Politiker-Saläre tragen dazu bei, dass die hohe Politik sich als Teil der Elite versteht und im noblen Club der Industriellen, Banker, Finanzmagnaten und Multimillionäre mitspielen will. Die abgehobenen Gehälter führen zu abgehobener Politik. Viele türkise, rote, grüne, blaue oder

pinke „Volksvertreter“ haben von den alltäglichen Sorgen der Menschen, die sie eigentlich vertreten sollten, oft wenig Ahnung.

Die Causa Novomatic, die enge Verbandelung von Glücksspiel-Lobby und Politik und die Hausdurchsuchung beim Finanzminister, für den die Unschuldsumutung gilt, führt uns das Problem wieder drastisch vor Augen.

Gratis Kindergärten für alle!

KPÖ-Vorstoß im Gemeinderat – ÖVP-Stadtrat dagegen

Ich arbeite Teilzeit und verdiene rund 850 Euro. Mein Mann hat 1.500 Euro netto. Wir zahlen 150 Euro für die Halbtagsbetreuung unserer Tochter in einer Kinderkrippe und 140 Euro für unseren Sohn im Kindergarten, auch für einen halben Tag.

Das ist viel Geld für uns. Wir können unseren Kindern nichts bieten, es bleibt einfach nichts übrig.“

So schildert eine Grazer Mutter, wie sehr sie die Kinderbildungs- und -betreuungskosten belasten.

Doch das muss nicht sein! Im Städtevergleich wird ersichtlich, dass die Beiträge für die Grazer Kindergärten und -krippen österreichweit zu den höchsten zählen. In Innsbruck, St. Pölten und Linz ist die Kinderbetreuung bis 13 bzw. 14 Uhr kostenlos, in Wien und Eisenstadt sogar die ganztägige Betreuung. „Gerade in diesen für viele Familien schweren Zei-

ten ist eine kostenlose Kinderbetreuung das Gebot der Stunde! Es muss die gleichen Chancen für alle Kinder geben – unabhängig vom Gehalt der Eltern, unabhängig vom Bundesland, in dem die Kinder groß werden“, bringt es KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** auf den Punkt.

Gerade durch Corona werden gesellschaftliche Ungleichheiten ersichtlich und verhärteten sich – vor allem für Frauen: „Selbst in Familien, die nicht zu den finanziell schwächsten zählen, sind die hohen Kinderbetreuungskosten oft ein Grund, dass Frauen länger zuhause bleiben oder Teilzeitarbeit annehmen“, so Heinrichs: „Teilzeit hat dann wiederum massive Auswirkungen auf die Pensionen – und niedrige Pensionen führen zu Altersarmut. Wir müssen endlich handeln, um die Belastung von Grazer und steirischen Familien zu senken und auf lange Sicht die Situation der Frauen zu verbessern!“



KPÖ

GRATIS KINDERGÄRTEN FÜR ALLE?

ZEIT WIRD'S!

✓ Wien	✓ Eisenstadt
✓ Linz	✓ St. Pölten
✓ Innsbruck	✗ Graz

Die KPÖ-Gemeinderätin hat in der Februar-Gemeinderatsitzung einen entsprechenden Antrag eingebracht, der einen Schulterschluss zwischen Stadt und Land fordert, damit Gratis-Kindergärten und -krippen steiermarkweit Realität werden. Bedauerlich: ÖVP-Stadtrat Hohensinner hat zu dieser familienfreundlichen Forderung bereits vorab via Tageszeitung sein „Nein“ ausrichten lassen. Kindergärten und -krippen in unserer Stadt bleiben also teuer. Elke Heinrichs bleibt aber dran: „Die KPÖ wird sich trotz aller Widerstände weiter für gratis Kindergärten einsetzen!“

A Mensch mecht i bleib'n...



...und net zur Nummer mecht i werd'n. Diese Textzeilen von Wolfgang Ambros sprechen mir aus der Seele. In diesem Sinne versuche ich, für Menschen da zu sein: Für all jene, die keinen hinter sich haben, die von Haus aus schlechte Karten in der Hand haben, die es durch Krankheiten und Rückschläge schwer haben. Dabei geht es oft einfach nur darum, Mut zu machen, das Selbstwertgefühl zu heben, solidarisch zu sein und, wo notwendig, einfach zu helfen.

Fuß fassen und sich im Leben entwickeln kann man nur, wenn man ein Zuhause hat. Wohnungen müssen leistbar sein und Sicherheit bieten. Bei meinen Hausbesuchen sehe ich aber oft etwas anderes: Die Menschen leben oftmals in feuchten, schimmlichen Räumen, auf engstem Raum, in finsternen Wohnungen ohne ausreichend Tageslicht oder mit Elektroheizung, die das wenige vorhandene Geld komplett auffrisst. Ich sehe Menschen, die kurz vor einer De-logierung stehen, weil irgendetwas sie aus der Bahn geworfen hat oder auch ältere Menschen, die oft einsam sind.

Die Sozialunterstützung, die ab Juli in Kraft treten wird, wird einige von ihnen hart treffen. Wir haben uns im Gemeinderat und auch im Landtag gegen die Verschlechterungen eingesetzt. Die eigentliche Aufgabe des neuen Sozialhilfegesetzes ist es, Lücken in der Mindestsicherung zu schließen, nicht Notlagen zu verschärfen. Wir werden hartnäckig bleiben, um Verbesserungen zu erreichen.

Ihre Stadträtin
Elke Kahr
Rathaus, 2. Stk, Tür 236
Tel.: 0316 / 872 20 60

AUS DEM GEMEINDERAT - DAMIT SIE DRAUSSEN WISSEN, WAS DRINNEN VORGEHT.

Fernwärme: Leidet unsere Umwelt?

Fernwärme: Ein besonders umweltfreundliches Heizsystem – zumindest theoretisch. Wie es in Graz praktisch ausschaut, weiß niemand, da zentrale Daten nicht veröffentlicht werden. Besonders brisant: Die als „Ausfallsreserve“ 2016 in Betrieb genommene Erdgas-Kesselanlage in der Puchstraße läuft quasi durchgehend.

Auch hierzu gibt es keine öffentlichen Messdaten. Nun hat Gemeinderat **Hans Peter Meister** bei der grünen Stadträtin Schwentner nachgefragt, wann sie diese Daten veröffentlichen wird. Ihre Antwort: Die Daten sollten schon seit Monaten da sein, sie wird dem nachgehen.



Green City: Wo bleibt der Kindergarten?



Die „Green City“ in Straßgang gehört zu den großen Grazer Wohnentwicklungsgebieten. Während der Stadtteil wächst und wächst, tritt die Kinderbetreuung aber auf der Stelle. „Von der versprochenen Kinderkrippe mit Kindergarten fehlt jede Spur. Dabei ist Straßgang schon lange unterversorgt, was Kinderbetreuungsplätze angeht!“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger**.

Er hat im Februar-Gemeinderat den ÖVP-Stadtrat Hohensinner an das Versprechen erinnert und wartet nun auf die schriftliche Beantwortung seiner Frage, wann mit einer Umsetzung zu rechnen ist.

Ruine Gösting: Ewiger Dornröschenschlaf?

Die Burgruine Gösting ist ein beliebtes Ausflugsziel – bzw. war sie das: Seit Sommer 2020 ist der Zugang gesperrt, nachdem die Mauern bröckelten und die Taverne seit dem Ableben der letzten Pächterin schloss. „Bis heute wissen wir nicht, ob die Stadt schon Gespräche mit dem Besitzer geführt hat, und wenn ja, mit welchem Ergebnis diese endeten“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat **Horst Alic**.

Er hat jetzt nachgefragt, welche Schritte wann gesetzt werden, um den Kulturschatz möglichst bald wieder der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Nun wartet er gespannt auf die Antwort der Stadt, die schriftlich erfolgen wird.



Vincke-Steinbrüche: Aus Trampelpfad Wanderweg machen!

Die von der Stadt gekauften Vincke-Steinbrüche werden heuer für rund 400.000 Euro gesichert und saniert. Sie sollen zu einem Naturerlebnispark und Naherholungsgebiet umfunktioniert werden.



KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** regt nun an, die Gelegenheit beim Schopf zu packen

und aus dem bestehenden Trampelpfad entlang der Steinbruch-Krone in Richtung Fürstenstand/Karolinenweg einen offiziellen Wanderweg zu machen. „Das wäre eine einmalige Gelegenheit, um vom UKH kommend gleich ins Naturgeschehen ein-treten zu können“, so Sikora.



Augarten: Schatten und Wassergüte

Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** regt an, in der Augartenbucht Tafeln aufzustellen, die darauf hinweisen, dass das Baden in der Mur gesundheitsgefährdend sein kann. Weiters fordert Braunersreuther, die Bänke und Liegeflächen in der Bucht durch Rankengitter zu beschatten.



Amazon? Ich hole mir meine Nüsse lieber beim Baum meines Vertrauens!

Anwohner schützen: Amazon einbremsen!

Der Online-Versandgigant Amazon nimmt Kurs auf Graz: Auf Ackerflächen am Liebenauer Gürtel soll ein Logistik- und Verteilerzentrum im Ausmaß von 10.977 m² und ein viergeschoßiges Parkhaus für 960 Lieferfahrzeuge sowie weitere 280 PKW-Stellplätze entstehen. Insgesamt werden rund 57.000 m² wertvoller Ackerboden verbaut.

Dieses Verteilerzentrum soll 24 Stunden an sechs Tagen in der Woche betrieben werden, wobei ein großer Teil der Anlieferungen mit LKW über 7,5 Tonnen in den Nachtstunden erfolgen soll, die Auslieferungen tagsüber. Dass dies zu einem enormen Verkehrsaufkommen, Lichtverschmutzung und Lärmbeeinträchtigung führt, liegt auf der Hand. Auswirken wird sich dieses Großprojekt nicht nur auf die AnrainerInnen

in Liebenau, denn Verbauung, Feinstaub und Verkehrsüberlastung gehen uns alle an!

Erfreulicherweise haben sich engagierte BürgerInnen aus der Nachbarschaft zusammengeslossen und die **Bürgerinitiative Lebenswertes Liebenau** aus der Taufe gehoben. Sie fordern eine Umweltverträglichkeitsprüfung, mehr Abstand zum Wohngebiet, zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen, umfassende Begrünung und keinen Lieferverkehr in den Nachtstunden.

Diesen Forderungen verleiht die Bürgerinitiative mit einer Unterschriftenaktion Nachdruck. Eine Unterschriftenliste finden Sie unter diesem Artikel. Weitere Listen zum Ausdrucken und Sammeln helfen gibt es auf www.kpoe-graz.at/amazon.phtml

Ihre Unterschriften abgeben

können Sie in der Bezirksleitung der KPÖ Graz im Volkshaus (Lagergasse 98a) bzw. im KPÖ-Gemeinderatsklub im Rathaus.

Wir bringen Ihre Unterschriften dann gesammelt zur Bürgerinitiative nach Liebenau. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



So schaut ein Amazon-Logistikzentrum im deutschen Nordrhein-Westfalen aus. Was so ein Lager für die Menschen in Liebenau bedeuten würde, lässt sich unschwer erahnen...

Die AnsprechpartnerInnen der Bürgerinitiative Lebenswertes Liebenau:
Thomas Rybnicek · 0664 8146621 · rybe@meinkinderradio.at
Regina Zenz · 0664 5150123 · regina.zenz@uniqa.at
Irmgard Bauer · 0660 2793570
Elisabeth Friedl-List · 0677 63038781 · lilli.friedl@gmx.at

Unterschriftenaktion der

**BÜRGERINITIATIVE
LEBENSWERTES LIEBENAU**

JETZT UNTERSCHREIBEN!

Vor- und Nachname	Anschrift	Unterschrift